Stenographischer Bericht

über die

14. und 15. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 31. Mai 1921.

Inhalt:

Seite

Zuweisungen:

Zuschrift des Bezirksgerichtes Stainz, betreffend Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Franz Kaspar an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß 433

Verhandlungen:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Hübler und Genossen, betreffend die Abstimmung wegen des Anschlusses an Deutschland.
Antragsteller: Landesrat Dr. Hübler 433
Redner: Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer 434
Landesrat Machold 434
„ Winkler 434
Dringliche Behandlung und Annahme des Antrages 435
Beilage Nr. 109. Dringliche Behandlung.
Antragsteller: Abg. Dr. Dungern 435
Annahme des Antrages 435

Beginn der Sitzung um 12 Uhr 25 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: Die Abgeordneten Dr. Otto Dungern, Johann Leichin, Raimund Riemelmoser und Franz Witzany.

Präsident **Kölbl**: Hohes Haus! Ich eröffne die 14. Sitzung und teile zugleich mit, daß wegen weiteren dringend notwendigen Beratungen die nächste Sitzung heute um 4 Uhr nachmittags abgehalten wird.

Ich schließe hiemit diese Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 12 Uhr 26 Minuten nachmittags.)

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: Die Abgeordneten Dr. Otto Dungern, Johann Leichin, Raimund Riemelmoser und Franz Witzany.

Präsident **Kölbl**: Ich eröffne die 15. Sitzung des Landtages.

Vom Bezirksgerichte Stainz wurde angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Franz Kaspar wegen Übertretung des Tierseuchengesetzes zugestimmt wird.

Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Auf der heutigen Tagesordnung steht die dringliche Beratung des Antrages, betreffend die Abstimmung wegen des Anschlusses an Deutschland; ferner wurde das Ersuchen gestellt, noch Beilage Nr. 109, den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Übernahme eines Viertelanteiles der für die Veranstaltung der ersten Warenmustermesse in Graz erforderlichen Garantiesumme von insgesamt 8 Millionen Kronen durch das Land als dringlichen Antrag auf die Tagesordnung zu stellen.

Ich ersuche jene Abgeordneten, welche damit einverstanden sind, daß diese beide Gegenstände als dringlich

auf die Tagesordnung gestellt werden, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die dringliche Behandlung ist mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen.

Zum erstbezeichneten Antrage erteile ich dem Herrn Landesrate Dr. Hübler das Wort.

Landesrat **Dr. Hübler**: Im Namen der großdeutschen Volkspartei habe ich nachfolgenden Antrag zu stellen (liest):

„Der Landtag ändert den Termin für die Anschlußabstimmung in der Weise ab, daß die Abstimmung in der Steiermark am 3. Juli stattfindet, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkte die Abstimmung im ganzen Bunde durchgeführt wird.

Die Ausschreibung und die Vorbereitungen haben sofort durch die autonome Landesregierung zu erfolgen.

Die näheren Durchführungsbestimmungen der Abstimmung bestimmt ein aus der Mitte der Landesregierung zu wählender Abstimmungsausschuß, der aus den Vertretern aller Parteien zu bilden ist."

Ich habe zu meinem Antrage nachfolgende Begründung zu geben:

Die großdeutsche Volkspartei erblickt in der Volksabstimmung über den Anschluß ein mit dem Friedensvertrage und der Einrichtung des Völkerbundes in keiner Weise in Widerspruch stehendes unverletzliches Recht. Sie ist überzeugt, daß der Anschluß an Deutschland nur im ganzen Bunde erfolgen kann. Da nun aber derzeit die bundesweise Abstimmung nicht möglich ist und die Bundesländer Tirol und Salzburg in der Abstimmung mit glänzendem Beispiele vorangegangen sind, so hält sie es nach reiflicher Überlegung aller Umstände für eine unbedingte Pflicht des Landes Steiermark, den am 7. April gefaßten Landtagsbeschluß auf kurz befristete Abstimmung zur Tat werden zu lassen. Dadurch, daß die Steiermark als ein nicht an Deutschland angrenzendes Bundesland abstimmt, wird die Willensmeinung des gesamten Bundesstaates vorbereitet und aller Welt gezeigt, daß das deutsche Volk in Österreich sich durch nichts von seinem, durch den Völkerbund gewährleisteten Rechte und seinem Ziele, dem Anschlusse an das deutsche Mutterland, abbringen läßt. (Beifall.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ahrer**: Hohes Haus! Namens der christlichsozialen Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben (liest):

„Der Landtag hat in der Sitzung vom 7. April einstimmig die Anschlußabstimmung im Lande Steiermark für den 29. Mai festgesetzt und damals einstimmig das Prinzip der länderweisen und terminierten Abstimmung bestimmt.

Daraus ergibt sich für die christlichsoziale Partei die Konsequenz, für den vorliegenden Antrag zu stimmen." (Beifall.)

Landesrat **Machold**: Hohes Haus! Namens der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages gebe ich folgende Erklärung ab (liest):

„Der Landtagsklub der sozialdemokratischen Partei ist nicht in der Lage, dem vorgeschlagenen Abstimmungstermin zuzustimmen. Er steht auf dem Boden der nach dem Landtagsbeschlusse vom 7. April, durch welchen für Steiermark die Abstimmung für den 29. Mai anberaumt war, geschaffenen Bundesgesetze. In demselben ist eine länderweise Abstimmung bei der Volksbefragung über den Anschluß an Deutschland nicht vorgesehen und die Festsetzung des Abstimmungstermins ist auch nicht Sache der einzelnen Länder.

Die sozialdemokratische Partei hat so viele Beweise ihres unbedingten Anschlußwillens gegeben, daß kein Zweifel über den vollen Ernst desselben bestehen kann. Sie ist zu einer Zeit für den Anschluß eingetreten, als er nach ihrer Überzeugung durch eine entschlossene Tat hätte durchgeführt werden können. Dazumal waren die anderen politischen Parteien für eine solche Tat nicht zu haben. Die nunmehr beantragte Volksbefragung kann nach Meinung der sozialdemokratischen Partei den Anschluß nicht fördern, keinesfalls aber kann sie ihn herbeiführen.

Schließlich erklärt die sozialdemokratische Partei:

Wenn die anderen Parteien des Landtages trotz der Vorstellungen des Staatskanzlers auf ihre Verantwortung den 3. Juli als Abstimmungstag festsetzen, so werden die Sozialdemokraten für diesen Antrag zwar nicht stimmen; damit sich aber aus dem Ergebnisse einer solchen Volksbefragung kein falsches Bild vom Anschlußwillen der Bevölkerung ergibt, wird sich die sozialdemokratische Partei von einer solchen Volksbefragung nicht absentieren, sondern daran teilnehmen." (Beifall.)

Landesrat **Winkler**: Hohes Haus! Unwandelbar in der Überzeugung, daß sowohl in wirtschaftlicher wie in nationaler Hinsicht der Bestand der durch den Friedensvertrag von St. Germain geschaffenen Alpenländer unmöglich ist, steht die unabhängige Bauernschaft auf dem unverrückbaren Standpunkte, daß dem Elende unserer Heimat nur durch den ehemöglichsten Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Staatsgebilde abgeholfen werden kann.

Wir wollen keine Grenzen innerhalb eines großen deutschen Volkes, Grenzen, die nur dazu da waren,

uns hier, sowie unsere Brüder dort in unserer natürlichen Entwicklung zu behindern.

Die Bundesabstimmung findet in absehbarer Zeit wohl kaum statt. Aus diesem Grunde wurden in Tirol und Salzburg die Abstimmungen länderweise durchgeführt, die klar und eindeutig den Willen der Tiroler und Salzburger, einen deutschen Staat zu bilden, zum Ausdrucke brachten.

Die im steirischen Bauernbunde vereinigten Bauern und Landbewohner der Steiermark sind eines Sinnes mit ihren Brüdern in Tirol und Salzburg. Auch sie wollen, befragt, die Antwort geben können: „Wir wollen zu Deutschland."

Dem Willen und dem Programme meiner Partei entsprechend, erkläre ich, daß der steirische Bauernbund für den Antrag, die Volksbefragung in Steiermark am 3. Juli 1921 durchzuführen, geschlossen stimmen wird. Ich erkläre weiterhin, daß die unabhängige Bauernschaft der Steiermark alles aufbieten wird, ein einmütiges Stimmenergebnis zu erzielen, um durch ein restloses Erscheinen an der Urne dem Wunsche baldigst die Tat folgen zu lassen. (Beifall.)

Präsident **Kölbl**: Nachdem niemand mehr zum Worte gemeldet ist, bringe ich den Antrag des Herrn Landesrates Dr. Hübler zur Abstimmung und ersuche jene Abgeordneten, welche für die Annahme desselben sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Zu einem weiteren Dringlichkeitsantrage erteile ich dem Herrn Abgeordneten Professor Dr. Dungern das Wort.

Abg. Dr. **Dungern**: Hohes Haus! Betreffs der Zeichnung einer Garantiesumme von 2 Millionen Kronen für die Erste steiermärkische Waren- und Mustermesse in Graz hat schon im Finanzausschusse vor Abschluß der Verhandlungen über den Voranschlag für das Land Steiermark eine Erörterung stattgefunden, bei welcher sich sämtliche Parteien darüber einig waren, daß diese Summe zu bewilligen wäre, aber nicht in einer Summe, die in den Voranschlag aufzunehmen wäre, sondern in Form einer Garantie von 2 Millionen Kronen. Dieser Antrag ist dann als Regierungsvorlage dem Hause zugegangen. Über die Notwendigkeit sind sich alle Parteien völlig einig und brauche ich darüber weiter nichts zu sagen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Landesrat **Prisching**: Zu diesem Gegenstande bemerke ich, daß die Landesregierung sich mit demselben schon vorher befaßt hat. Obwohl nun die Landesfinanzen uns die größte Sparsamkeit auferlegen, werden wir, wenn nötig, für diese so wichtige Sache das Geld aufzubringen uns bemühen und werden wir für diesen Antrag stimmen.

Präsident **Kölbl**: Da niemand mehr zum Worte gemeldet ist, bringe ich den Dringlichkeitsantrag zur Abstimmung und ersuche jene Abgeordneten, welche für die Annahme desselben sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Hiemit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Anträge oder Anfragen sind keine eingelangt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 4 Uhr 20 Minuten nachmittags.)

Steiermärkische Landesdruckerei. — 771-22